

PRO NRW-Ratsgruppe

Humboldtstraße 2a

51379 Leverkusen

15. November 2016

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Per E-Mail:

nicole.henrichs@stadt.leverkusen.de

susanne.weber@stadt.leverkusen.de

michael.molitor@stadt.leverkusen.de.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

Der Leverkusener Stadtrat möge beschließen:

Der Verwaltung wird auferlegt, alle für die Stadt Leverkusen hinsichtlich der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und –berechtigten entstehenden Kosten, inklusive aller anfallenden Folgekosten in den Bereichen Wohnen, Soziales und Bildung sowie Sicherheit, möglichst transparent und lückenlos quartalsweise öffentlich darzulegen – rückwirkend ab August 2015.

Begründung:

Seit der sogenannten „Grenzöffnung“ Anfang September 2015, zuvorderst betrieben von der Bundeskanzlerin Angela Merkel, ist die Anzahl der Asylsuchenden und –berechtigten dramatisch in die Höhe geschneilt. Immer mehr Kommunen kommen durch die daraus resultierende Kostenbelastung finanziell in Bedrängnis. Zusätzlich erhöhen sich dadurch auch die städtischen Ausgaben für Wohnen, Soziales und Bildung sowie Sicherheit immens. Um möglichen Spekulationen entgegenzutreten,

ist eine für jedermann transparente und nachvollziehbare Offenlegung dieser Zusatzbelastungen im städtischen Haushalt unerlässlich. Hierbei sind auch der damit verbundene Stellenausbau in den städtischen Ämtern sowie weitere verdeckte Kosten zu berücksichtigen. Es ist an der Zeit, dass die finanziellen Folgen von Merkels Asylpolitik für Leverkusen transparent gemacht werden.



Markus Beisicht

PRO NRW-Ratsgruppe